

Energiewende jetzt! : Energiepolitische Herausforderungen für Europa

Autor(en): **Müller, Michael**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **21 (2001)**

Heft 40

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-651763>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Energiewende jetzt!

Energiepolitische Herausforderungen für Europa

Im Jahr 1973 wurde die Welt erschüttert. Der Angriff auf die festgefügte Weltwirtschaftsordnung kam über Nacht, ohne spektakuläre Zuspitzung und ohne den Einsatz waffenstarrer Armeen, doch der Angriff war nicht weniger wirkungsvoll, weil er auf eine zentrale Schwachstelle der Industriegesellschaften zielte: Die OPEC, die Organisation ölproduzierender Staaten, nahm ihre Abhängigkeit von grenzenlos billiger Energie aufs Korn. Wie damals bei der Massenmotorisierung in den 50er Jahren wurden die Industriestaaten abhängig vom „schwarzen Gold“. Die erste Ölpreiskrise, wie sie fortan genannt wurde, war da. Selbst starke Volkswirtschaften rutschen in die Krise; doch noch mehr gerieten viele arme Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika in eine fürchterliche Notlage.

Dieser Schuß vor den Bug angemaßter industrieller Herrlichkeit wurde zur Warnung, nicht länger die sozialen und ökologischen Grenzen des Wachstums zu mißachten, sondern die Knappheit der Naturgüter zu beachten. In den vergangenen Jahrzehnten wurde immer wieder deutlich, daß die permanente Steigerung der Energiequanten mit großen Gefahren verbunden ist:

- die Kriegsrisiken, die aus dem Zugriff auf knappe Güter entstehen, deren Sprengkraft sich in den beiden Golfkriegen gezeigt hat und sich aktuell im Krieg in Tschechien zeigt;
- die technischen Risiken, für die das Fanal von Tschernobyl 1986 steht;
- die sozialen Risiken einer Spaltung der Welt als Folge der ungleichen und ungerechten Verteilung der Ressourcen;
- die ökologischen Risiken, insbesondere die reale Gefahr der ökologischen Selbstzerstörung durch die Aufheizung der Atmosphäre.

Die Energiepolitik ist also eine Schlüsselfrage, die über Wohlstand, Ökologie und eine friedliche Welt entscheidet – und zugleich ein Feld der Auseinandersetzung über Weg und Mittel der notwendigen Veränderung. Die rot-grüne Bundesregierung hat in Deutschland den schwierigen Prozeß der energiepolitischen Neuordnung eingeleitet und trifft dabei auf massiven Widerstand, der allerdings bei Unternehmen und Beschäftigten unterschiedlich und zwischen Verbundwirtschaft und dezentralen Energieerzeugern gespalten ist. Effizienzrevolution und Solarwirtschaft heißen die realen Reformperspektiven für eine Politik der Nachhaltigkeit durch ein selektives Wachstum, bei dem synchron die Atomenergie und andere riskante und verschwenderische Energienutzungen vermindert und die ökologischen Märkte erschlossen werden.

Die bürokratisierten und durchsetzungsstarken Strukturen der Energiewirtschaft können nur verändert werden, wenn die Zielsetzungen klar sind.

Ausgangspunkte sind drei zentrale Herausforderungen, die in einem engen Zusammenhang stehen: Klima- und Umweltgefahren, Ausstieg aus der Atomkraft und ein monopolisierter europäischer Stromverbund.

Die reale Gefahr einer Klimakatastrophe

Die *erste* und wichtigste Herausforderung wurde Ende Januar 2001 durch die Vereinten Nationen noch einmal deutlich ins Bewußtsein gerückt: die Klimabelastungen durch unser Energiesystem. Die 3. Konferenz des Intergovernmental Panel of Climate Change (IPCC) gab in Shanghai ein unmißverständliches Alarmsignal: Die Erde wird sehr viel schneller erwärmt, als bisher angenommen wurde. Die Wahrscheinlichkeit der Prognose über die vom Menschen verursachte Erderwärmung wird mit 95 Prozent angegeben. Im Grundsatz ist das nicht neu, denn die Gefahren kennen wir spätestens seit der Konferenz von Toronto 1988, als Gro Harlem Brundtland die Gefahr einer Klimakatastrophe mit einer „langsamen Atombombe“ verglichen hat. Doch bis heute hat man daraus kaum Konsequenzen gezogen.

Das IPCC, dem 100 Wissenschaftler/innen angehören, kommt heute zu dem Ergebnis, daß die mittlere Erwärmung an der Erdoberfläche bis zum Ende dieses Jahrhunderts aller Wahrscheinlichkeit nach bei 2,5 Grad Celsius liegt, daß aber auch nicht ausgeschlossen werden kann, daß die Temperaturen um bis zu 5,8 Grad Celsius ansteigen können. Dies hätte fast unvorstellbare Konsequenzen für das Leben und Zusammenleben auf der Erde, denn die Klimawissenschaft setzt die Erwärmungsobergrenze – also das Äußerste, was noch vertretbar erscheint – bei 1,5° Celsius pro Jahrhundert an. Und selbst das wird die Lebensbedingungen auf der Erde gravierend verändern. Diese äusserst beunruhigende Entwicklung fordert zuerst die Industriestaaten heraus, da sie zu rund 70 Prozent an der kommerziellen Nutzung beteiligt und damit für den hohen Energieverbrauch verantwortlich sind. Doch die Täter sind in ökologisch stabileren Regionen angesiedelt, während die ersten Opfer der globalen Folgen die Entwicklungsländer sind, die wenig technische und finanzielle Mittel haben, sich zu schützen, aber schneller und härter getroffen werden.

Der Kohlenstoffgehalt in der Atmosphäre ist der entscheidende Indikator für Schwankungen im Klimasystem. Er ist seit dem Beginn des industriellen Zeitalters um ungefähr ein Drittel angestiegen und liegt heute bei 370 Teilen auf 1 Million Teile Luft. Auf Kohlendioxid (CO₂) entfällt rund die Hälfte der Erwärmung, hinzu kommt eine Vielzahl wärmestauer Gase, so daß der auf CO₂ umgerechnete Wert bereits bei rund 465 ppm liegt. Eine Verdoppelung des CO₂-Gehalts gegenüber dem natürlichen Wert von 280 auf 5600 ppm bedeutet eine Erwärmung der Erde um rund 2° Celsius.

Die Chemie und Dynamik der unteren Atmosphäre verändern sich, das Klimasystem gerät aus dem Lot. Diese schlimme Hypothek burden wir künftigen Generationen auf. Das ist ein *ökologischer Kolonialismus*, für den insbesondere die USA verantwortlich sind, die rund ein Viertel der

energiebedingten Kohlendioxid-Emissionen verursachen. Wenn dieser Trend anhält, würde von der industriellen Revolution bis zum Ende dieses Jahrhunderts – in einem Zeitraum von weniger als 300 Jahren – das Klima in einem Umfang verändert, der im natürlichen Prozeß mehr als 10'000 Jahre braucht. Das können die Ökosysteme nicht verkraften. Doch diese Entwicklung muß vor dem Hintergrund der globalen Ungleichheit, des gewaltigen ökonomischen Nachholbedarfs für die große Mehrheit der Staaten und des anhaltenden Bevölkerungswachstums gesehen werden.

Fazit ist: Wir erreichen schon heute die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit der Erde. Hält der Trend an, wird sich der Energie- und Ressourcenumsatz jedoch in etwa 50 Jahren verdreißigfacht haben. Dies ist nur als Krieg gegen die Zukunft und die Dritte Welt machbar. Es ist deshalb unsere Verantwortung, schnell zu handeln, denn in der Zukunft werden wir immer weniger Handlungsspielraum zur Abwendung der Gefahren haben, zumal Klimaänderungen einen Vorlauf von 30 bis 40 Jahren haben. Künftig müssen die Eingriffe zur Gefahrenabwehr nur noch tiefer werden.

Deshalb ist die *energiepolitische Wende* ein Gebot der Vernunft und keine Willkür. Effizienzrevolution und Solarwirtschaft sind die Alternativen zur bisherigen Energiepolitik, die ihr zentrales Ziel in der Schaffung hoher Kapazitäten und billiger Preise sah. Die Versorgungssicherheit und kostengünstige Angebote bleiben wichtige Gesichtspunkte, aber sie werden dem zentralen Ziel unterstellt, den Energieumsatz drastisch zu reduzieren. Der Paradigmawechsel heißt: mit so wenig Energie wie möglich auszukommen und zugleich die Brücke ins solare Zeitalter zu bauen. Die Energiewende ist eine Doppelstrategie. Und deshalb geht es nicht primär um den Austausch von Energieträgern, um die Atomenergie durch Gas zu ersetzen. Die Energiepolitik der Zukunft baut *Einsparkkraftwerke*. Das Potential ist da, denn schon mit den heute angebotenen Effizienztechniken kann der Energieumsatz um über 40 Prozent verringert werden. Das erfordert eine Veränderung über die gesamte Kette der Energieversorgung durch Energiedienstleistungen. Das Einsparkkraftwerk ist das Kraftwerk der Zukunft.

Die Bundesregierung hat sich das ehrgeizige Ziel von minus 25 Prozent beim Ausstoß von Kohlendioxid bis zum Jahr 2005 gesetzt. Die Enquête-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ hat sogar weitergehende Ziele aufgestellt. Die Reduktion in den letzten 10 Jahren war vor allem im Strukturwandel in den neuen Bundesländern begründet. Dadurch gingen die Emissionen insgesamt um 16,8 Prozent zurück. Im letzten Jahr konnte bei einem Wirtschaftswachstum von 3 Prozent das Energiewachstum um 0,2 Prozent verringert werden.

Das reicht nicht aus und zeigt: Die einigungsbedingte Klimadividende ist aufgezehrt, aktive Klimaschutzpolitik, die vor allem im Energiesektor ansetzen muß, ist dringend notwendig. Gegenüber 1990, als die CO₂-Emissionen bei 1'000 Millionen Tonnen lagen, wurde bis heute eine Verringerung um etwa 150 Millionen Tonnen Kohlendioxid erreicht. Noch fehlen etwa 100 Millionen Tonnen bis zum Jahre 2005. Notwendig ist eine aktive Energiepolitik. Dazu gehört auch der massive Ausbau der Kraft-

Wärme-Kopplung, der den großen Stromverkäufern besonders ein Dorn im Auge ist. Sie kämpfen mit allen erlaubten, aber auch mit erpresserischen Mitteln gegen eine Quote mit handelbaren Zertifikaten. Selten war der Druck auf die Bundesregierung so groß wie hier.

Ausstieg aus der Atomkraft – Einstieg in eine neue Energiepolitik

Die zweite Herausforderung ist der Ausstieg aus der Atomkraft. Darüber haben Bundesregierung und Energiewirtschaft am 14. Juni 2000 eine Vereinbarung getroffen. Die Atomnovelle, die dieses Ziel gesetzlich fest schreibt, soll im Frühjahr 2001 verabschiedet werden. Ausstieg und Einstieg bilden eine Einheit. Auch hier steht nicht der Austausch der Energieträger, sondern der Strukturwandel im Vordergrund. Deshalb ist die Ersetzung durch andere Energieträger nicht die Lösung des Problems. Energieträger, die den Nuklearstrom substituieren, müssen sich daran messen lassen, wie effizient sie eingesetzt werden können. Die Alternative sind die drei grünen Säulen der Energiepolitik:

- Erstens eine massive Steigerung der Energieproduktivität: Sie ist in den letzten Jahren auf ein durchschnittliches Jahreswachstum von 1,6 Prozent gesunken. Die Steigerung auf 3,4 Prozent ist notwendig und möglich.
- Zweitens der Ausbau der Solarenergie, deren Anteil im letzten Jahr einen deutlichen Sprung nach vorne von 2,3 auf knapp 5 Prozent gemacht hat.
- Drittens der Ausbau der gekoppelten Systeme in der Erzeugung von Strom und Wärme (KWK) von rund 55 auf 100 Twh in den nächsten 10 Jahren.

Stromhandelsland oder ökologische Modernisierung

Eine *dritte* große Herausforderung ist der europäische Stromverbund, der in der ersten Phase mit Dumpingangeboten aus den Überkapazitäten der großen Kraftwerke Konzentrationsprozesse vorangetrieben und die Entkommunalisierung der Energieversorgung beschleunigt hat. Für die weitere Zukunft werden heute die infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen, um den Zugriff auf billige, zwecks Devisenerwirtschaftung die realen Gestehungskosten unterschreitende Stromlieferungen aus Mittel- und Osteuropa zu sichern.

Es ist kein zukunftsfähiges Energiesystem, wenn die früheren Gebietsmonopole durch europäische Unternehmensmonopole ersetzt werden. Wettbewerb, nicht nur zwischen einzelnen Unternehmen, sondern auch zwischen unterschiedlichen Dienstleistungsangeboten, macht eine starke Regulierungsbehörde und eine volkswirtschaftliche Rechnungsmethode wie das Least-Cost-Planing notwendig. Andernfalls droht die Bundesrepublik zu einem reinen Stromhandelsland zu werden. Dies ginge zu Lasten von effizienter und umweltverträglicher Erzeugung, von Beschäftigung und

Umweltschutz. In den letzten Jahren wurden durch die Konzentration bereits 60'000 Arbeitsplätze abgebaut.

Diese Herausforderungen – Klimaschutz, Ausstieg aus der Atomenergie und europäisches Energiesystem – sind nur mit dem Primat der Politik zu bewältigen. Sie muß die Voraussetzungen für einen umweltverträglichen und innovativen Wettbewerb, für eine zukunftsorientierte Energieversorgung und für die Sicherung von Umweltschutz und Beschäftigung schaffen. Dazu gehört auch die Fortsetzung der ökologischen Steuerreform, deren erste Ergebnisse ermutigend sind. Ich hatte in einigen Aspekten eine andere Ausgestaltung der Öko-Steuer gewollt, allerdings waren nicht nur national die Widerstände sehr groß, auch das EU-Recht beschränkt den politischen Spielraum erheblich. Dennoch:

- Im letzten Jahr ist der Mineralölverbrauch um 4 Prozent zurückgegangen.
- Eine Reduktion um 8 Millionen Tonnen CO₂ kann der Öko-Steuer zugerechnet werden.
- Mit ihr wurden rund 100'000 Arbeitsplätze gesichert und ca. 70'000 bis 80'000 neue geschaffen.
- Die Effizienz- und Einsparttechnologien stossen auf wachsendes Interesse.

Vor dem Hintergrund der Trends in den USA, wo nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten George W. Bush als Erstes der – bereits sehr bescheidene – Umweltschutz zurückgedrängt wurde, ist die ökologische Herausforderung für Europa und für die Bundesrepublik noch größer geworden, die Modernisierungsprozesse einzuleiten. Die enge Verbindung in den USA zwischen der republikanischen Partei und den Ölmultis, die im zweiten Golfkrieg an der Rolle der Firma Bechtel deutlich wurde, läßt befürchten, daß die amerikanische Regierung noch mehr zum Bremser beim Umwelt- und Klimaschutz wird. Dies ist eine Gefahr, aber zugleich eine Chance für die Europäische Union, Vorreiter einer sozialen und ökologischen Weltinnenpolitik zu werden.

Literatur

- Müller, Michael / Hennike, Peter, 1996: Mehr Wohlstand mit weniger Energie. Darmstadt
Müller, Michael, 2000: Der Ausstieg ist möglich. Bonn
Ders., 2001: Nachhaltigkeit. Die ökologische Moderne. Frankfurt/M. (Herbst 2001)
Scheer, Hermann: 2000: Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne. 4. aktualisierte Aufl., München